

Anwaltsgebührenrecht für Referendare

Rechtsgrundlage: das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)

Abrechnungsgrundlage für die Gebühren des Rechtsanwalts ist seit 01.07.2004 das seitdem schon mehrfach geänderte und ergänzte **RVG**. Die aktuelle Fassung gilt seit dem 01.08.2013 und basiert auf dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz. Gegenüber der vorangegangenen Fassung erfolgte eine Anhebung der Gebührenbeträge sowie Änderungen vor allem bei den Gebühren in sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie bei einigen Formulierungen, die den Wortlaut klarer werden lassen sollen.

A Aufbau des RVG

Das RVG ist unterteilt in einen **Normteil** und das in § 2 II als Anlage 1 bezeichnete **Vergütungsverzeichnis**. Zur Bestimmung der Höhe von Wertgebühren dient eine in § 13 I als Anlage 2 bezeichnete Tabelle.

I. Der **Normteil** (§§ 1-61) ist unterteilt in 9 Abschnitte; diese haben zum Gegenstand:

- 1. Abschnitt:** Allgemeine Vorschriften
- 2. Abschnitt:** Gebührenvorschriften (vor allem Gebührenarten)
- 3. Abschnitt:** Angelegenheit
- 4. Abschnitt:** Gegenstandswert
- 5. Abschnitt:** Mediation und außergerichtliche Tätigkeit
- 6. Abschnitt:** Gerichtl Verfahren
- 7. Abschnitt:** Straf- und Bußgeldsachen
- 8. Abschnitt:** Beigeordneter oder bestellter Anwalt, Beratungshilfe
- 9. Abschnitt:** Übergangs- und Schlussvorschrift

II. Das **Vergütungsverzeichnis**, in § 2 II bezeichnet als **Anlage 1**, regelt die einzelnen Gebühren und deren Höhe. Es werden Gebührentatbestände genannt, wobei für einzelne oder Gruppen von ihnen besondere Zusätze gelten:

1. Gebührentatbestände

Das Vergütungsverzeichnis ist systematisch untergliedert in **Gebührentatbestände für die Einzeltätigkeiten** des RAs. Die Gebührentatbestände sind untergliedert in folgende **7 Teile**:

- a) **Teil 1: Allgemeine Gebühren**
- b) **Teil 2: Außergerichtl. Tätigkeiten**
- c) **Teil 3: Bürgerl. Rechtsstreitigkeiten (u.a.)**
- d) **Teil 4: Strafsachen**
- e) **Teil 5: Bußgeldsachen**
- f) **Teil 6: Sonstige Verfahren**
- g) **Teil 7: Auslagen**

Jeder Teil ist untergliedert in mehrere **Abschnitte** und ggf. **Unterabschnitte**. Alle Gebührentatbestände sind bezeichnet mit einer **vierstelligen Nummer**. Die erste Ziffer bezeichnet den Teil, die zweite den jeweiligen Abschnitt des betreffenden Teils des VV.

Beispiel: Die Gebühren für eine außergerichtliche Tätigkeit in Zivilsachen sind im **zweiten Teil** des VV geregelt, die **vierstellige Nummer** des Gebührentatbestandes beginnt mit einer **2**. Hat die Tätigkeit des Anwaltes eine Tätigkeit der Beratungshilfe zum Gegenstand, so sind die Gebühren hierfür geregelt im **fünften Abschnitt** des zweiten Teiles des VV; die zweite Ziffer der Nummer des Gebührentatbestandes ist eine **5** (Gebühren nach Nrn. 2500 ff. VV RVG).

2. Zusätzlich zu beachten sind bei Abrechnung der im Vergütungsverzeichnis aufgeführten Gebührentatbestände:

- die Vorgaben des **Normteiles** des RVG;
- **Vorbemerkungen** zu den jeweiligen Teilen und Abschnitten des Vergütungsverzeichnisses;
- **Anmerkungen** zu den einzelnen Gebührentatbeständen.

III. Zudem wird das RVG ergänzt durch die in § 13 I als **Anlage 2** bezeichnete **Gebührentabelle**, in der die Gebührenbeträge genannt sind für Gegenstandswerte von bis zu 500.000 €.

B Die Anwendung des RVG

I. Grundsätzliche Voraussetzung: Auftrag

Grundlage für die Berechnung der Vergütung ist der dem Rechtsanwalt erteilte Auftrag. Festzulegen ist daher der **Gegenstand der anwaltlichen Tätigkeit**. Spätere Erweiterungen des Auftrages sind ebenfalls von Bedeutung für die Honorarabrechnung, müssen aber ebenfalls eindeutig vereinbart bzw. in Auftrag gegeben werden.

Vor/bei Mandatsbeginn ist abzuklären:

- Was will der Mandant? Was soll der Rechtsanwalt für den Mandanten tun? (z.B.: außergerichtl. Korrespondenz; Einziehung einer Forderung; Klage; Klageabwehr; Strafverteidigung)
- Handelt es sich um einen oder mehrere Aufträge? (mehrere Mandate: jeder Fall wäre einzeln abzurechnen; oder ein Gesamtauftrag, z.B. mehrere Einzelforderungen gegen denselben Gegner: Addition der Werte in nur einer Abrechnung, § 22 I RVG?) Kriterien sind:
 - die Erteilung eines **einheitlichen Auftrages**;
 - die Geltendmachung in einem **einheitlichen Rahmen** (nur 1 Forderungsschreiben, nur 1 Klage);
 - die **innere Zusammengehörigkeit** der verschiedenen Streitgegenstände;
 - **Identität der Parteien** (ein oder mehrere Auftraggeber? ein oder mehrere Anspruchsgegner?)

Hinweis: Es ist nicht immer einfach zu beantworten, ob bei verschiedenen Streitpunkten dieselbe Angelegenheit vorliegt, bei der die Wertansätze zu addieren sind, oder ob es sich um mehrere Aufträge in verschiedenen Angelegenheiten handelt. Diese Frage sollte mit dem Mandanten besprochen werden. Falls mehrere Angelegenheiten zu bearbeiten sind, könnte der Rechtsanwalt zur Verbesserung der Übersichtlichkeit und auch, um dem Mandanten deutlich zu machen, dass es sich um verschiedene Angelegenheiten und nicht um denselben Sachverhalt handelt, für jede Angelegenheit eine gesonderte Akte führen; dies erleichtert zudem die Übersicht bei der Abrechnung.

II. Angelegenheit, §§ 16-19 RVG

Für die Abrechnung der Rechtsanwaltsgebühren ist zusätzlich von Bedeutung, inwieweit die einzelnen zu erhebenden Gebühren die vom RA geleisteten Tätigkeiten abdecken. Zu unterscheiden ist, ob bei der zum Teil viele Einzelbereiche umfassenden Tätigkeit des RAs

1. **dieselbe Angelegenheit (§ 16 RVG)** oder
2. **verschiedene Angelegenheiten (§ 17 RVG)** oder möglicherweise darüber hinaus
3. **besondere Angelegenheiten (§ 18 RVG)** betroffen sind.

Soweit der RA beauftragt ist, vor Gericht tätig zu werden, ist danach zu unterscheiden, ob es sich dabei handelt um

- **Tätigkeiten, die mit dem Verfahren zusammen hängen (§ 19 RVG)** oder
- separat zu vergütende Tätigkeiten.

Um die hierfür erforderliche Unterscheidung vornehmen zu können, beachte man den **Katalog in** den 4 genannten Normen **§§ 16-19 RVG**.

III. Gebührenarten

1. Grundsatz: § 2 RVG „Höhe der Vergütung“

Die Höhe der vom Rechtsanwalt zu beanspruchenden Vergütung richtet sich im Regelfall („soweit nichts anderes bestimmt“) nach dem **Gegenstandswert**, auf den bezogen die Tätigkeit ausgeübt wird. Je nach Wert legt das Gesetz eine bestimmte Gebühr fest. Deren Höhe ergibt sich durch Multiplikation mit dem **Gebührensatz**.

Wenn sich die zu erhebenden Gebühren nach dem **Gegenstandswert** richten, hat der Rechtsanwalt vor der Übernahme des Auftrages hierauf **hinzuweisen** (§ 49b V BRAO).

a) **Bestimmung der Höhe der Gebühr: sogenannte Wertgebühren, § 13 RVG.**

Die Höhe der sich für einen bestimmten Gegenstandswert ergebenden Gebühr richtet sich nach § 13 bzw. der **Gebührentabelle**, die als **Anlage 2** Bestandteil des RVG ist.

Hinweis: Soweit dem Auftraggeber in einem gerichtlichen Verfahren Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, gilt eine besondere Wertetabelle, die in § 49 enthalten ist.

b) **Bestimmung des Wertes**

(1) Der **Gegenstandswert** als Grundlage für die RA-Gebühren richtet sich gemäß § 23 Abs. 1 RVG (**beachte** insgesamt **§§ 22-33 RVG**) nach dem Gegenstandswert im gerichtlichen Verfahren. Hierfür maßgeblich sind die nach den für die Gerichtsgebühren geltenden **Wertvorschriften des GKG** oder der jeweils maßgeblichen Verfahrensordnungen.

(2) Meistens sind die **§§ 39 ff. GKG** maßgeblich für den Ansatz der Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren.

- Besonderheiten gelten bei **Klage und Widerklage** sowie bei **Aufrechnung** und **Hilfsaufrechnung** (§ 45 GKG): Addition der Werte, soweit darüber entschieden wird.

- In **bestimmten Angelegenheiten** gelten besondere Wertbestimmungen
 - wiederkehrende Leistungen § 42 GKG;
 - Bestand eines Dauerschuldverhältnisses wie Arbeitsvertrag insbes. § 42 II GKG oder
 - Mietvertrag § 41 GKG: Räumungsstreitigkeiten: maximal Jahreswert, wobei zumeist nur auf die Grundmiete ohne Nebenkosten abgestellt wird; Klagen auf Zustimmung zur Mieterhöhung: Jahresbetrag der Mieterhöhung, obwohl diese Mieterhöhung nicht nur für ein Jahr, sondern für unbegrenzte Zeit bis zur Beendigung des Mietverhältnisses oder bis zu einer neuen Mieterhöhung gelten soll.
 - bei Unterhaltsansprüchen § 51 FamGKG.
- (3) In gerichtlichen Verfahren erfolgt **Festsetzung des Wertes durch das Gericht** (i.d.R. auf Antrag). Dies betrifft im Regelfall nicht Tätigkeiten als Verteidiger in Straf- und Bußgeldsachen und in weiten Bereichen nicht die Tätigkeit vor dem Sozialgericht. Falls jedoch der Rechtsanwalt nur außergerichtlich tätig ist, muss er den Wert selbst bestimmen.
Zu beachten ist, dass es neben dem **Gebührenstreitwert** auch andere **Wertvorschriften** mit unterschiedlichen **Bedeutungen** gibt:
 - (a) **Zuständigkeitswert**: maßgeblich für die Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit der Amts- und Landgerichte; zu ermitteln nach den §§ 23 Nr. 1 sowie 71 Abs. 1 GVG, § 2 ZPO
 - (b) **Rechtsmittelstreitwert**: muss als Grenze für die Zulässigkeit eines Rechtsmittels überschritten sein: Wert des Beschwerdegegenstandes 600,00 € (§ 511 Abs. 2 Nr. 1 ZPO).
Hinweis: Eine hinreichende Beschwer ist bei niedrigen Streitwerten zuweilen nur dadurch gegeben, dass die Kostenbelastung aufgrund einer den Berufungsführer belastenden Kostenentscheidung hinzugerechnet wird.

Übungsfälle 1-3

Bestimmung des Gegenstandswertes

2. Rahmengebühren, § 14 RVG. Hier gilt folgendes:

- a) Soweit der Rechtsanwalt Rahmengebühren beanspruchen kann, hat er die Möglichkeit, innerhalb einer im RVG bestimmten Unter- und Obergrenze die Höhe der Gebühr selbst zu bestimmen. Maßgeblich ist hier, dass die Gebühr angemessen und **nach billigem Ermessen** zu bestimmen ist. **I.d.R.** stellt der RA die sogenannte **Mittelgebühr** in Rechnung, die für Fälle angemessen ist, deren **Aufwand und Schwierigkeit durchschnittlich** sind. Insbesondere, wenn der RA von der Mittelgebühr abweichen will, muss er Anhaltspunkte für die Bestimmung der Höhe der Gebühr beachten; diese sind vor allem
 - (1) der **Umfang** und die **Schwierigkeit** der anwaltlichen Tätigkeit,
 - (2) die **Bedeutung der Angelegenheit** sowie
 - (3) die **Einkommens- und Vermögensverhältnisse** des Auftraggebers. Auch ein
 - (4) **besonderes Haftungsrisiko** des Rechtsanwalts kann berücksichtigt werden.**Hinweis**: Soweit der Rechtsanwalt eine Rahmengebühr einmal bestimmt hat, muss er sich an die einmal getroffene Bestimmung halten lassen. Falls der RA abrechnet, bevor der Fall abgeschlossen ist, sollte er sich in der Rechnung für den Fall weiteren Aufwandes eine „Nachliquidation vorbehalten“.
- b) Es gibt **zwei Arten** der **Rahmengebühren**:
 - (1) Bei **Satzrahmengebühren** ist die Höhe der vom Rechtsanwalt zu beanspruchenden Gebühr abhängig vom **Gegenstandswert** der Sache. Nach Maßgabe der vorgenannten Kriterien bestimmt der Rechtsanwalt, in Höhe welches **Gebührensatzes** innerhalb der vom RVG vorgesehenen **Unter- und Obergrenze der Gebührensätze** er seine Vergütung beansprucht.
Kurzformel: variabler Betrag; Höhe abhängig vom Streitwert; Wertetabelle (Beispiel: Gebühr nach Nr.2300 VV RVG [siehe unten D II.2])

Übungsfälle 4, 5

Satz-Rahmengebühren

- (2) **Betragsrahmengebühren** bestimmt das RVG in Angelegenheiten, bei denen die Gebühren nicht vom Gegenstandswert abhängig sind, die aber gleichwohl aufgrund vielfältiger Unterscheidungsmöglichkeiten nicht sämtlich gleichartig und gleichhoch abgerechnet werden können, (z.B. insbesondere Straf-, OWi-, Sozialrechtssachen). Bei Betragsrahmengebühren legt der Gesetzgeber einen **Mindest- und Höchstbetrag** fest, innerhalb dessen der Rechtsanwalt seine Vergütung nach den obigen Grundsätzen bestimmt.
Kurzformel: variabler Betrag; Höhe von keinem Streitwert abhängig (Beispiel: Gebühr nach Nr.4100 VV RVG [siehe unten D IV.1])

Übungsfälle 6

Betrags-Rahmengebühren

3. Festgebühren

Bestimmte Tätigkeiten des Rechtsanwaltes werden vergütet nach **Festgebühren**. Das RVG bestimmt einen festen €-Betrag als Gebühr. Dies gilt insbesondere für Tätigkeiten für Mandanten, die **Beratungshilfe** erhalten (Nr.2500 ff. VV RVG) und bei **Pflichtverteidigergebühren** (mit aufgeführt unter Nr.4100 ff. VV RVG).

IV. Auslagen

Der Rechtsanwalt hat neben den Gebühren auch Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen für **Porti, Telefonkosten, Reisekosten, Kopien** usw. sowie die gesetzliche **Umsatzsteuer**. Der Gesetzgeber hat die Bestimmungen hierzu im Vergütungsverzeichnis in Teil 7 positioniert; sie sind jedoch bei jeder Abrechnung zu beachten. Fast stets fallen Auslagen an für:

1. **Post- und Telekommunikationsdienstleistungen** gemäß
 - a) **Nr.7001** in Höhe der **konkret angefallenen Entgelte** oder wahlweise stattdessen nach
 - b) **Nr.7002** als **Pauschalbetrag** in Höhe von **20% der Gebühren**, jedoch in derselben Angelegenheit (§ 16 RVG beachten) **höchstens 20,00 €**;
2. **Umsatzsteuer** auf die Vergütung gemäß **Nr.7008**.
3. Der Anspruch auf Ersatz **sonstiger Auslagen** ist in den weiteren Gebührentatbeständen von Teil 7 geregelt (**Dokumentenpauschale; Reisekosten; Versicherungsprämien**).

C Abrechnung der Vergütung

I. Zeitpunkt der Abrechnung

1. Nach § 9 RVG kann der Rechtsanwalt auf entstandene und voraussichtlich entstehende Gebühren einen **angemessenen Vorschuss** verlangen. Daher kann die Berechnung der Gebühren ohne weiteres schon **zu Mandatsbeginn** erfolgen. Es kann wahlweise eine **Kostenvorschussrechnung** geschrieben oder ein **pauschaler Betrag** als Vorschuss verlangt werden.

Hinweis: Angemessen ist ggf. der gesamte entstehende Gebührenbetrag (z.B. die Kosten für die Führung eines ganzen Prozesses).

Praxistipp: Es ist zu empfehlen, Vorschüsse zu verlangen, wo immer es geht, insbesondere auch betreffend etwa zu verauslagende Gerichtskosten. Man kann häufig nicht im Voraus wissen, ob der Mandant später zahlen wird/will oder nicht. Wer ohne Vorschuss arbeitet, läuft Gefahr, kostenlos zu arbeiten. Der RA sollte aber auch immer abwägen, ob er durch sein Verlangen nach Zahlung eines Vorschusses riskiert, dass der Mandant zu einem anderen RA abwandert, der keinen Vorschuss verlangt.

- a) Eine (Zwischen-) **Abrechnung von Teiltätigkeiten** bzw. nach deren Abschluss empfiehlt sich insbesondere, um den Mandanten darüber informiert zu halten, wie hoch die bis dahin bereits aufgelaufenen Kosten sind.
- b) Bei solventen Mandanten ist eine Abrechnung **nach Beendigung des Mandates** üblich.

2. Fälligkeit des Rechnungsbetrages

Grds. wird der Rechnungsbetrag fällig mit **Zugang der Rechnung** an den Rechnungsempfänger. Beweispflichtig für den Zugang ist der Rechnungsteller.

Der Rechnungsempfänger gerät nach § 286 Abs. 3 BGB auch ohne Mahnung in **Verzug**, als Verbraucher allerdings nur, wenn er hierauf hingewiesen wird.

Praxistipp: Der RA sollte vorsorglich jeden Mandanten auf die Verzugsfolge hinweisen, damit er nicht später durch Mahnungen Zeit verliert.

II. Empfänger der Rechnung

Es ist zu unterscheiden zwischen Rechnung im eigentlichen Sinne und Berechnung des Anwaltshonorars.

1. **Gebührensschuldner** ist grds. **immer** der **Auftraggeber**, nur hat dieser in bestimmten Fällen gegen einen Dritten einen Anspruch auf Erstattung der RA-Kosten.

a) **Grundsätzlich** werden die Gebühren nur dem **Mandanten/Auftraggeber** in „Rechnung“ gestellt. Für eine solche Rechnung gelten die formellen und inhaltlichen Anforderungen der §§ 10 RVG, 14 IV UStG.

b) Davon zu unterscheiden ist die sehr häufige **Berechnung des Anwaltshonorars**, eine „formlose“ Aufstellung über die entstandenen Gebühren, die der RA einem Dritten mitteilt, der dem Auftraggeber/Mandanten für den Rechnungsbetrag erstattungspflichtig ist.

Hinweis: Die dem Dritten mitzuteilende Berechnung des Anwaltshonorars unterscheidet sich formell und inhaltlich von der an den Auftraggeber gerichteten Rechnung, denn

- die Berechnung erhält/enthält **keine Rechnungs-Nummer**, wie sie bei einer ordnungsgemäßen Rechnung an den Auftraggeber vorgeschrieben ist;
- in der Berechnung wird nur dann die auf das Anwaltshonorars entstehende USt. ausgewiesen, wenn der **Auftraggeber/Mandant nicht** zum **Vorsteuerabzug** berechtigt ist.

Ist hingegen der Auftraggeber/Mandant zum Vorsteuerabzug berechtigt, kann er die auf die Anwaltsgebühren berechnete Umsatzsteuer bei seiner Umsatzsteuervoranmeldung ggü. dem Finanzamt geltend machen. Insoweit entsteht dem Mandanten **kein Schaden**; der Gegner hat die Umsatzsteuer daher also nicht zu ersetzen.

Folglich muss in einem solchen Fall also auch noch **zusätzlich** dem Mandanten eine **formelle Rechnung** gestellt werden, die die **Umsatzsteuer** ausweist.

Die Computerprogramme, die man für Anwaltskanzleien verwendet, verfügen i.d.R. über eine Funktion, durch die man schon bei Anlage einer Akte eingeben kann, ob der Mandant zum Vorsteuerabzug berechtigt ist oder nicht. An andere Beteiligte als den Mandanten gerichtete Rechnungen werden dann automatisch ohne USt. erstellt, die an den Mandanten gerichtete Rechnung weist die USt. hingegen aus.

2. Gebühren-Berechnungen an Dritte sind zu erstellen in folgenden Fällen:

- a) bei Kostentragung durch eine **Rechtsschutzversicherung**: Der Mandant bleibt Rechnungsschuldner, hat jedoch gegen den RS-Versicherer einen Anspruch auf Freistellung von der Zahlungsverpflichtung.

Praxistipp: Soweit der RA direkt beim Mandanten abrechnet, erspart er sich etwaige Diskussionen mit dem Rechtsschutzversicherer darüber, ob er bei Rahmengebühren den Gebührenrahmen richtig bemessen, insbes. § 14 RVG beachtet hat. Allerdings kann es durchaus sein, dass eine direkt angeschriebene Versicherung schneller zahlt als der Mandant.

Hinweis: Die **Korrespondenz** des Rechtsanwalts **mit dem Rechtsschutzversicherer** (v.a. die Deckungsanfrage) stellt eine besondere gebührenrechtliche Angelegenheit dar und **kann** daher nach dem Wert der für das Mandat entstehenden Gebühren **gesondert** beim Mandanten **abgerechnet** werden, was in der Praxis aber **unüblich** ist.

- b) bei Kostentragung durch die **Staats-/Landeskasse**

- **Prozesskostenhilfe** (bei gerichtl. Tätigkeit)
- **Beratungshilfe** (bei außergerichtl. Tätigkeit)
- **Pflichtverteidigung**

- c) bei Kostentragung durch **Gegner**

- Berechnung eines **Verzögerungsschadens** (§ 280 II BGB)
- **Schadenersatz** aus unerlaubter Handlung
- **Kostenfestsetzungsantrag** bei prozessuellem Obsiegen

3. **Festsetzung** der Vergütung gegenüber dem Auftraggeber (ggü dem eigenen Mandanten)

In einem gerichtlichen Verfahren können der Rechtsanwalt oder auch der Mandant (Auftraggeber) nach § 11 RVG bei Gericht **kostenfrei** die Festsetzung der in diesem Verfahren entstandenen Gebühren des Rechtsanwalts beantragen. Damit wird ein **Titel** über die in diesem Verfahren entstandenen Gebühren **des Rechtsanwalts gegen den eigenen Mandanten** geschaffen.

4. **Bestimmungen über die Vereinbarung einer Vergütung**

- a) Die Vereinbarung einer Vergütung ist **grundsätzlich immer zulässig**,

- b) in einigen Fällen sogar **erforderlich**, denn der Gesetzgeber hat die Gebühren für einige außergerichtliche Tätigkeiten, wie **bei Beratung, Gutachten, Mediation**, für diese Tätigkeiten hat gesetzlich nicht mehr geregelt.

- c) Die Vereinbarung unterliegt umfangreichen Anforderungen:

- (1) den **formellen Anforderungen** des § 3a RVG:

- Die Vereinbarung der Vergütung **muss** als solche oder vergleichbar **bezeichnet** sein
- bedarf der **Textform**, und
- darf **nicht** in der **Vollmacht** enthalten sein,
- hat einen **Hinweis** darauf zu enthalten, dass eine etwaige **Kostenerstattungspflicht** Dritter nicht mehr als die gesetzlichen Gebühren umfasst.

- (2) **Inhaltliche Anforderungen an eine Vergütungsvereinbarung**

- Bei **außergerichtl.** Tätigkeiten **kann** eine niedrigere als die gesetzliche Vergütung (nach RVG) vereinbart werden (§ 4 I 1 RVG).

d.h.: (a) immer **zulässig** ist die Vereinbarung e. **höheren** Vergütung als der nach RVG

(b) in **gerichtl.** Angelegenheiten ist die Vereinbarung einer **Unterschreitung** der Gebühren **grds. unzulässig**, es sei denn, es ist ein Erfolgshonorar vereinbart (§ 4a RVG).

- Bei Mahn- u. Vollstreckungssachen darf der Rechtsanwalt einen Teil des gegen den Schuldner bestehenden Erstattungsanspruches an Erfüllung statt annehmen (§ 4 II 2 RVG).
- (3) Ein **Erfolgshonorar** zu vereinbaren ist nach § 4a RVG **zulässig**
 - Vereinbarung nur im **Einzelfall**
 - und nur, wenn Auftraggeber sonst **von der Rechtsverfolgung abgehalten** würde.
- (4) Ist die **Vergütungsvereinbarung fehlerhaft**, kann gem. § 4b RVG keine höhere als die gesetzliche Vergütung verlangt werden.

III. Weitere Allgemeine Vorschriften im RVG

Viele weitere Bestimmungen, die im Normteil des RVG enthalten sind, sind zwar von hoher praktischer Relevanz, lassen sich jedoch kaum abstrakt darstellen, ohne dass der Anwender des RVG Kenntnisse auch im Umgang mit dem Vergütungsverzeichnis erlangt hat. Dazu gehört unter anderem insbesondere die Bestimmung in § 15 III RVG zur sogenannten **Obergrenze**. Diese Vorschrift ist immer dann anzuwenden, wenn für Teile des Gegenstands der anwaltlichen Tätigkeit **verschiedene Gebührensätze** anzuwenden sind. Für die Teile des Gegenstands entstehen die Gebühren jeweils gesondert und eigenständig. Der Gesamtbetrag der Gebühren für die einzelnen Gegenstände darf jedoch den Betrag nicht überschreiten, der sich ergäbe, wenn der höchste Gebührensatz nach dem gesamten Wert der Teile des Gegenstandes berechnet wird.

D Das Vergütungsverzeichnis (VV RVG)

I. Teil 1: Allgemeine Gebühren

Nach dem Text der Vorbemerkung 1: „Die Gebühren ... entstehen **neben** den in anderen Teilen bestimmten Gebühren“ kann eine Gebühr aus Teil 1 des VV **nie isoliert** sondern **nur zusätzlich** zu Gebühren aus anderen Teilen des VV entstehen. Es muss also, wenn eine Gebühr aus Teil 1 abgerechnet werden soll, immer mindestens ein anderer Gebührentatbestand erfüllt sein.

1. Einigungsgebühr (insbes. Nr.1000 und Nr.1003 VV)

Die Einigungsgebühr, häufig auch „**Vergleichsgebühr**“ genannt, verdient der Rechtsanwalt für seine Mitwirkung beim **Abschluss eines Vertrages**, durch den der Streit oder die Ungewissheit der Parteien über ein Rechtsverhältnis beseitigt wird. Dies gilt **nicht**, wenn sich der Vertrag auf ein **Anerkenntnis** oder ein **Verzicht** beschränkt, weil ansonsten bereits die Erfüllung des geltend gemachten Anspruches oder der Verzicht auf Weiterverfolgung eines Anspruches die Einigungsgebühr auslösen würde. Die Einigungsgebühr ist auch verdient bei Abschluss eines Vergleiches im Sinne von § 779 BGB.

- a) Der Abschluss des Vertrages zum Zwecke der Einigung kann **formlos** geschehen, soweit nicht aus dem materiellen Recht sich ein Formzwang ergibt.
- b) Auflösende oder aufschiebende **Bedingungen** hindern je nach ihrem Eintritt oder Nicht-eintritt die endgültige Wirksamkeit des Vertrages und damit die Entstehung der Einigungsgebühr. Entsprechendes gilt für einen **Widerrufsvorbehalt**.

Merke: bei Zahlungsvereinbarungen (z.B. Ratenzahlungsvergleich) beträgt nach § 31b RVG der Gegenstandswert nur 20% der Gesamtforderung.

Hinweis: Die **am häufigsten** auftretenden Gebührentatbestände aus Teil 1 des VV sind die Einigungsgebühren nach **Nrn. 1000** und **1003 VV**. Die beiden Tatbestände stehen in einem **Regel-Ausnahme-Verhältnis** zueinander. Grundsätzlich gilt Nr. 1000, ausnahmsweise Nr. 1003, wenn über den Gegenstand der Einigung ein anderes gerichtliches Verfahren als ein selbstständiges Beweisverfahren anhängig ist.

Besondere **Ausnahme:** Nr. 1004 VV: 1,3-facher Satz bei Berufungs- oder Revisionsinstanz.

Übungsfälle 7-8 Einigungsgebühr

2. Aussöhnungsgebühr und Erledigungsgebühr grds. in Höhe eines 1,5-fachen Satzes.

- a) Ist der Rechtsanwalt beauftragt, Scheidungsantrag zu stellen, verdient er für die Mitwirkung bei der Aussöhnung die sogen. Aussöhnungsgebühr (**Nr.1001 VV**).
- b) Verwaltungsrechtliche Angelegenheiten können sich dadurch erledigen, dass die Behörde einen mit einem Rechtsbehelf angefochtenen Verwaltungsakt aufhebt oder ändert oder ein begehrter bisher abgelehnter Verwaltungsakt erlassen wird. Für die Mitwirkung hieran verdient der RA die Erledigungsgebühr nach **Nr.1002 VV**.

Beachte: In beiden Fällen gilt auch die Reduzierung nach **Nr.1003 VV**; soweit ein gerichtliches Verfahren über den Gegenstand der Tätigkeit anhängig ist, beträgt die Gebühr lediglich 1,0; Ausnahme: Nr. 1004 VV: 1,3-facher Satz bei Berufungs- oder Revisionsinstanz.

- 3. Mehrere Auftraggeber, Erhöhungsgebühr, Nr.1008 VV:** Soweit der Rechtsanwalt in ein und derselben Angelegenheit für **mehrere Auftraggeber** tätig wird, erhält er gemäß **§ 7 Abs. 1 RVG** in Verbindung mit Nr.1008 VV RVG eine erhöhte Vergütung. Wert- und Satzrahmengebühren werden **für jeden weiteren** als den ersten **Auftraggeber um 0,3** erhöht (Nr.1008 VV RVG). Voraussetzung ist, dass der Anwalt für mehrere Auftraggeber, d. h. natürliche oder juristische Personen, tätig ist. Unerheblich ist, ob nur ein oder mehrere Auftraggeber dem Anwalt gegenüber auftreten. Derselbe Gegenstand ist gegeben, wenn die Tätigkeit aufgrund des Auftrags dasselbe Recht bzw. dasselbe Rechtsverhältnis betrifft. Die Erhöhung gilt für sämtliche Gebühren, die in ihren Tatbeständen auf **Verfahrens- und Geschäftsgebühr** Bezug nehmen, sowie für die Gebühren der **Zwangsvollstreckung**.

Beachte die Anmerkungen zu Nr.1008:

- (1) Die Erhöhung gilt bei Wertgebühren nur, soweit der Gegenstand der anwaltlichen Tätigkeit derselbe ist.
- (2) Die Erhöhung wird nach dem Betrag berechnet, an dem die Personen gemeinschaftlich beteiligt sind.
- (3) Mehrere Erhöhungen dürfen einen Gebührensatz von 2,0 nicht übersteigen...
- (4) Erhöhungen bei Rahmengebühren.

Hinweis: die **Erhöhung** gilt **auch** bei Abrechnungen im Rahmen der **Beratungshilfe**; z.B. wird die Gebühr nach Nr. 2503 VV (85,00 € erhöht um 30%, also 25,50 € auf 110,50 €).

Übungsfälle 9-10 mehrere Auftraggeber

II. Teil 2: außergerichtliche Tätigkeit

1. Beratung, Gutachten, Mediation §34 RVG

- a) Betreffend die Vergütung dieser Tätigkeiten soll der RA gem. § 34 I 1 RVG auf eine **individuelle Vereinbarung der Gebühren** hinwirken, z.B. Stundensatz- oder Streitwertvereinbarung.

- b) Bei **fehlender Vereinbarung** gilt:

- die anwaltliche Vergütung bestimmt sich gem. § 34 I 2 RVG nach den Vorschriften des BGB (insbes. § 612).

Hinweis: Ist die Höhe der Vergütung unbestimmt, so ist gem. § 612 Abs. 2 BGB bei Bestehen einer Taxe die taxmäßige Vergütung, in Ermangelung einer Taxe aber die ortsübliche Vergütung als vereinbart anzusehen. Üblich ist eine Vergütung, die für die gleiche oder ähnliche Dienstleistung an dem betreffenden Ort unter Berücksichtigung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse gewöhnlich bezahlt wird.

- **bei Verbrauchern** beträgt, wenn keine Vergütung vereinbart ist, die **Höchstgebühr** für eine (mehrmalige) **Beratung** oder die **Ausarbeitung eines schriftlichen Gutachtens** 250,00 €, für eine **Erstberatung** maximal 190,00 € (§ 34 I 3 RVG).

Hinweis: Nach h.M. erfolgt auch bei diesen Gebühren für jeden weiteren als den ersten Auftraggeber eine Erhöhung um 30%.

Übungsfall 11

übliche Vergütung, Erstberatungsgebühr

2. Geschäftsgebühr Nr.2300 ff.

Ist der RA mit der **außergerichtl. Interessenvertretung** beauftragt oder wirkt er bei der Gestaltung eines Vertrages mit (Vorbem. 2.3. Abs.3), verdient er die Gebühr nach Nr. 2300 VV RVG. Sie ist innerhalb eines **Satzrahmens** [s.o. B III.2b)] von **0,5-2,5** zu bestimmen.

- a) **I.d.R.** stellt der RA die **Mittelgebühr** in Rechnung, die für Fälle angemessen ist, bei denen Arbeitsaufwand und Schwierigkeit durchschnittlich sind. Sie beträgt 1,5 (Mitte zwischen 0,5 und 2,5) [vgl. oben B III.2a)]

- b) Die **Anmerkung** zu Nr.2300 bestimmt jedoch, dass eine Gebühr von **mehr als 1,3 nur** gefordert werden kann, **wenn** die Tätigkeit **umfangreich oder schwierig** war. Um Argumentationsaufwand bzw. die Darlegung dieser Tatbestandsmerkmale zu umgehen, wird zumeist nur der 1,3-fache Satz abgerechnet, die sogenannte **Schwelligegebühr**.

Praxistipp: Der RA sollte sich für den Fall, dass nach (Zwischen-) Abrechnung (z.B.in Höhe des 1,3-fachen Satzes) weiterer Aufwand erforderlich wird, eine **Nachliquidation** vorbehalten, denn soweit der RA sein Ermessen bei der Bestimmung des Gebührensatzes einmal ausgeübt hat, ist er sonst hieran gebunden.

- c) Schreiben des RAs einfacher Art (z.B. Kündigungserklärung ohne weitere Begründung) werden abgerechnet mit dem **0,3-fachen** Satz nach **Nr.2301**.
- d) Die Geschäftsgebühr ist eine der in **Nr.1008** genannten Gebühren; es tritt eine **Erhöhung um 0,3** für jeden weiteren als den ersten Auftraggeber ein.

Übungsfälle 12-13 *Geschäftsgebühr*

3. Sonderfall: Besprechung

Führt der RA eine **außergerichtliche Besprechung**, kann er diesen zusätzlichen Aufwand durch Erhöhung des Gebührensatzes im Rahmen der Geschäftsgebühr 0,5-2,5 nach 2300 VV abrechnen. Nach dem Wortlaut von **Vorbem. 3 Abs.3** ist es aber auch möglich, hier zusätzlich eine **Terminsgebühr nach Nr. 3104 VV** zu berechnen. Sie ist geregelt in Teil 3 des VV, also systematisch bei den Gebühren im gerichtlichen Verfahren, kann aber trotzdem **auch bei nur außergerichtlicher Tätigkeit** des RA entstehen unter folgenden **Voraussetzungen**:

- die Besprechung muss auf die **Vermeidung** ... eines Rechtsstreites gerichtet sein;
Merke: vermeiden lässt sich nur ein **noch nicht anhängiger Rechtsstreit**, also kann die Terminsgebühr auch vor Klageerhebung, also außergerichtlich entstehen, aber
- es muss ein **unbedingter Klageauftrag** vorliegen, denn sonst gibt es keinen Rechtsstreit, der vermieden werden kann und
- die Besprechung wird **nicht mit dem Auftraggeber**, sondern mit einer anderen Person geführt.

Übungsfall 14 *außergerichtl. Vertretung mit Besprechung*

4. Beratungshilfe Nr.2500 ff.

Die bedürftige Partei, die nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage ist, die Kosten für eine **außergerichtl. anwaltl. Leistung** aufzubringen, kann Anspruch auf Gewährung von Beratungshilfe haben (vergleichbar mit Prozesskostenhilfe im gerichtl. Verfahren). Wird der RA für eine solchen Mandanten tätig, bestimmen sich seine Gebühren nach den Nrn.2500 ff. VV RVG. Hier gelten **Festgebühren**.

Hinweis: Der Antrag auf Bewilligung von Beratungshilfe kann auch zeitgleich mit der Abrechnung der Gebühren gestellt werden.

- a) Vom Mandanten kann der RA nach Nr.2500 nur einen **Selbstbehalt** in Höhe von 15,00 € verlangen. Weitere Gebührenansprüche richten sich gegen die Landeskasse.
- b) Eine einfache Beratung löst die Gebühr nach **Nr.2501 (Beratungsgebühr)** aus.
- c) Die Gebührentatbestände **Nr.2503 (Geschäftsgebühr)**, **Nr. 2508 (Einigungs- u. Erledigungsgebühr)** entsprechen in ihren Voraussetzungen den Gebühren nach Nrn. 2300 und 1000/1002.
Achtung: Anmerkung zu Nr.2503 beachten – hälftige **Anrechnung** der Gebühr bei nachfolgenden gerichtl. u.a. Verfahren.
- d) Auch die Geschäftsgebühr nach Nr.2503 ist eine der Gebühren, für die nach Nr.1008 eine **Erhöhung um 0,3** für jeden weiteren als den ersten Auftraggeber eintritt.
- e) Für weitere **Einzeltätigkeiten** im Zusammenhang mit der Gewährung von Beratungshilfe gelten besondere Gebührentatbestände (z.B. Schuldenbereinigungsplan Nrn.2504-2507)
- f) Auch bei Beratungshilfe sind zusätzlich zu berechnen die **Auslagen** (z.B. Porti) nach Teil 7 VV (z.B. Portokosten und USt.)

Übungsfälle 15-16 *Beratungshilfe*

III. Teil 3: Zivilsachen, Verfahren der ... Gerichtsbarkeiten,... Nr.3100 ff.

1. Prozessverfahren

a) Verfahrensgebühr

Reicht der RA für seinen Mandanten Klage ein, so verdient er damit die **Verfahrensgebühr** nach **Nr.3100 VV** in Höhe eines 1,3-fachen Satzes.

b) In besonderen Fällen wird die Verfahrensgebühr wird verringert auf einen **0,8-fachen Satz nach Nr.3101:**

(1) gemäß Nr.3101 Ziff.1 bei **vorzeitiger Beendigung des Auftrages** auf Durchführung des Klageverfahrens (z.B. weil der Gegner nach Klageauftrag, aber vor Klageeinreichung gezahlt hat).

Achtung: Der Wortlaut Nr.3101 Ziff.1 ist z.T. **missverständlich**: die Nr.3100-Gebühr beträgt **nicht** auch dann **nur 0,8**, wenn zwar **Klage eingereicht**, die 3100-Gebühr also bereits entstanden ist, der RA **aber**

noch keinen Termin wahrgenommen hat. Die durch Klageeinreichung einmal angefallene 1,3-Gebühr nach Nr.3100 reduziert sich nicht nachträglich dadurch, dass kein Termin wahrgenommen wird. Gemeint ist der Fall, dass der RA beauftragt wird nur mit der Terminswahrnehmung, bei der dann automatisch auch die Verfahrensgebühr entsteht. Nimmt der RA den Termin dann nicht wahr, entsteht nur die Nr.3101-Ziff.1-Gebühr.

- (2) gemäß Nr.3101 Ziff.2, „soweit lediglich beantragt ist, eine Einigung der Parteien ... über in diesem Verfahren nicht rechtshängige Ansprüche zu Protokoll zu nehmen“ (sogen. **Protokollierungsgebühr**).

Beispiel: Die Parteien haben sich während eines Klageverfahrens auch über weitere Ansprüche geeinigt und lassen dies protokollieren. Der Wert der Einigung übersteigt damit den Wert der anhängigen Hauptsache. Die Protokollierungsgebühr entsteht nach dem Wert der Differenz. Es ist die **Obergrenze** nach § 15 III RVG zu beachten.

Gebührentipp: Fast immer wird nicht nur „lediglich“ eine schon bestehende Einigung zu Protokoll genommen, sondern über den Inhalt der Einigung auch noch vor Gericht gesprochen. Dabei entsteht auch für die nicht anhängigen Ansprüche die Terminsgebühr; deren Wert ist setzt sich zusammen aus der Summe der Werte der anhängigen und nicht anhängigen Ansprüche.

Beachte: Betreffend den mitvergleichenen Wert entsteht die **Einigungsgebühr** nach Nr.1000 (1,5-facher Satz) oder, soweit der mitverglichene Anspruch anderweitig gerichtl. geltend gemacht worden war, als **1,0-Gebühr** nach Nr.1003. Auch hier ist die **Obergrenze** nach § 15 III RVG zu beachten.

- (3) gemäß Nr.3101 Ziff.3 in bestimmten Fällen des FGG-Verfahrens.

Übungsfall 17 Verfahrensgebühr

- c) Die **1,2-Terminsgebühr** nach Nr.3104 erhält der RA für die Wahrnehmung eines Termins im gerichtl. Verfahren.

Beachte die Anmerkungen: Die Terminsgebühr entsteht in folgenden Fällen:

- (1) **Anm.3104 (1) Nr.1:** Terminsgebühr auch **ohne mündl.Verhandlung**
- bei **Anerkenntnis** des Gegners
 - beim **§ 495a-ZPO-Verfahren** (Verfahren vor dem Amtsgericht – Entscheidung ohne mündl. Verhandl. bei Streitwert bis 600 €);
 - in bestimmten verwaltungs- o. sozialgerichtl. Verfahren nach Anm.3104 (1) Nr.2 u.3;
- (2) **Anm. 3104 (2):** bei Verhandlungen über **in diesem Verfahren nicht** (also aber in anderen Verfahren) **rechtshängige Ansprüche**. Achtung: Anrechnung;
- (3) **Anm. 3104 (3): nicht** automatisch als Ergänzung zur Protokollierungsgebühr (Nr.3101 Ziff. 2), **wenn** also eine Einigung über nicht in diesem Verfahren oder überhaupt nicht rechtshängige Ansprüche **lediglich protokolliert** werden.

Übungsfall 18 Terminsgebühr

2. Mahnverfahren Nr.3305ff.

- a) Wird **Mahnbescheid** beantragt, entsteht die **1,0-Gebühr** nach Nr.3305. Es handelt sich hierbei systematisch um eine **Verfahrensgebühr**, daher ist für die Anrechnung [s.u.3 a) (2)] neben der **Anmerkung** zu Nr.3305 auch die **Vorbemerkung 3 Abs. 4** zu beachten.
Beachte: nach Vorbemerkung 3.3.2 entsteht bei einer (außergerichtl.) **Besprechung** mit dem Mahnantragsgegner eine **Terminsgebühr**.
- b) Bei **vorzeitiger Beendigung** des Auftrages zur Durchführung des Mahnverfahrens (z.B. weil der Gegner gezahlt hat) beträgt die Nr.3305-Gebühr gemäß Nr.3306 nur **0,5**.
- c) Der Antrag auf Erlass des **Vollstreckungsbescheides** löst die **0,5-Gebühr Nr.3307** aus. Der Gegenstandswert hierfür kann geringer sein als beim Mahnantrag, wenn
- (1) der Antragsgegner **teilweise erfüllt** hat;
 - (2) der Antragsgegner **Teilwiderspruch** erhoben hat, und deswegen hinsichtlich des widersprochenen Teils Vollstreckungsbescheid nicht ergehen kann, sondern in das Klageverfahren übergegangen wird (dann entstehen dafür die Gebühren nach Nrn. 3100 ff.) oder
 - (3) nur ein **Teilbetrag** weiter eingefordert werden soll.
- d) Der RA des **Antragsgegners** erhält für seine Tätigkeit (Einlegung d. Widerspruches) eine **0,5-Gebühr** nach Nr.3307. Diese Gebühr ist auf die Gebühren bei Fortsetzung der Tätigkeit im gerichtl. Verfahren anzurechnen.

3. Exkurs: Anrechnung, insbesondere Vorbemerkung 3 Absatz 4

a) Anrechnung Gebühren für frühere Verfahrensschritte

- (1) Die **Geschäftsgebühr** (z.B. Nr. 2300) für die außergerichtl. Tätigkeit wird gemäß Vorbem.3 Abs. 4 **zur Hälfte**, höchstens zu 0,75 **auf die Verfahrensgebühr** eines nachfolgenden gerichtl.

lichen Verfahrens **über denselben Gegenstand** angerechnet. Gerichtl. Verfahren ist auch z.B. ein Mahn- oder selbständiges Beweisverfahren.

Beachte: § 15a RVG stellt es dem RA frei, welche Gebühr (Geschäftsgebühr oder Verfahrensgebühr) er mittels Anrechnung kürzt. Der nicht anrechenbare Teil der vorgerichtlich entstandenen Gebühr ist nicht im Kostenfestsetzungsverfahren festsetzbar, sondern als Nebenforderung (**Verzugsschaden**; vorgerichtl. Mahn- oder Inkassokosten, die nach **h.M.** nicht den Streitwert der Hauptsache erhöhen einzuklagen. Der RA kann also wahlweise die volle vorgerichtl. entstandene Geschäftsgebühr einklagen und dann im KF-Verfahren nur die verminderte Verfahrensgebühr geltend machen, oder stattdessen die verminderte Geschäftsgebühr einklagen und die volle Verfahrensgebühr im KF-Verfahren geltend machen,

- (2) Wird **Mahnbescheid** beantragt, entsteht die **1,0-Gebühr** nach **Nr.3305**.

Beginnt aber die anwaltliche Tätigkeit mit einer vorgerichtlichen Zahlungsaufforderung zum 1,3-fachen Satz nach Nr.2300, wird die MB-Gebühr wegen der Anrechnung nach Vorbem.3 Abs. 4 **von 1,0** um die Hälfte der außergerichtl. Gebühr **reduziert**. Die Gebühr für den Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheides berechnet sich unverändert mit 0,5 nach Nr.3308.

Wird nach **Widerspruch** geklagt, wird die MB-Gebühr Nr.3305 voll auf die Verfahrensgebühr Nr.3100 des Klageverfahrens **angerechnet** (Anmerkung zu Nr.3305), so dass diese dann nur noch mit zusätzlichen 0,3 entsteht (eigentl. 1,3-fach; aber reduziert um MB-Gebühr 1,0).

- (3) **Beachte:** Anzurechnen sind die nur die Geschäfts- und/oder Verfahrensgebühr. Bei früheren Tätigkeiten angefallene Auslagen (z.B. für Porto, Nr.7002 VV) bleiben bestehen. Wird der RA z.B. beauftragt, den Gegner erst außergerichtlich zur Zahlung aufzufordern, dann MB zu beantragen und nach Widerspruch schließlich zu klagen, entstehen die Portokosten insgesamt dreifach, also ggf. dreimal in Höhe der Pauschale von 20,00 € nach Nr.7002 VV.

Übungsfall 19 Anrechnung

b) unterschiedliche Streitwerte in den verschiedenen Verfahrensabschnitten

Sind die Gegenstandswerte der Tätigkeiten des RA, bei denen anzurechnen ist, unterschiedlich, so wird die Anrechnung jeweils nur in Höhe der zum jeweiligen Gegenstand angefallenen Gebühren vorgenommen.

Beachte: Vorbemerkung 3 Abs. 4 „Soweit wegen **desselben** Gegenstandes...“. **Beispiele:**

- (1) Klagewert ist höher als vorgerichtlicher Wert: Gebühr für außergerichtliche Zahlungsaufforderung 1,3-Gebühr nach Nr.2300 nach Wert 5.000 €; folgende Klage gerichtet auf 8.000 €, also 1,3-Gebühr nach Nr.3100: Anrechnungsbetrag: 0,65 nach Wert 5.000 €.
- (2) Klage nur auf Teilbetrag: Gebühr für außergerichtliche Zahlungsaufforderung 1,3-Gebühr nach Nr.2300 nach Wert 5.000 €; folgende Klage gerichtet auf 3.000 €, also 1,3-Gebühr nach Nr.3100: Anrechnungsbetrag: 0,65 nach Wert 3.000 €.

Übungsfall 20 Anrechnung

4. Gebühren bei Prozesskostenhilfe Nr.3335 (im Familienrecht: Verfahrenskostenhilfe)

- a) Der **Pkh-Anwalt** erhält ggü. dem Wahlanwalt trotz Anwendung derselben Gebührentatbestände des Vergütungsverzeichnisses **niedrigere Gebühren** wegen unterschiedlicher Gebührentabellen **bei Werten über 4.000 €**.

- b) Es ist zu unterscheiden zwischen Gebühren für das **Verfahren über die Bewilligung** der Pkh und Gebühren für das **Prozessverfahren, für das Pkh bewilligt** worden ist.

- (1) Mit Einreichung des Pkh-Antrages entsteht die Gebühr für das Verfahren über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe **Nr.3335**.

- Reicht der RA **Pkh-Antrag** ein und erhebt nur **für den Fall der Bewilligung Klage**, wird damit das Pkh-Prüfungsverfahren als summarisches Verfahren zur Prüfung der Erfolgsaussichten der beabsichtigten Rechtsverfolgung begonnen, die **Klage** aber noch **nicht zuge stellt**, wohl aber dem Antragsgegner bzw. Beklagten zur etwaigen Stellungnahme übersandt. Im Rahmen dieses Pkh-Prüfungsverfahrens kann auch terminiert (Nr.3104) oder ein Vergleich (1,0 nach Nr.1003; vgl. Anmerkung zu Nr.1003) geschlossen werden.

Beachte: Die Gebühr nach Nr.3335 ist auf die nach Bewilligung der Pkh entstehende Verfahrensgebühr voll anzurechnen (arg.e.§16 Nr.2 RVG).

- Stellt der RA **Pkh-Antrag gleichzeitig** mit **Klageerhebung** oder **Klageerwiderung**, was i.d.R. nur dann erforderlich ist, wenn sonst die Versäumung einer Frist droht, entsteht zwar grds. auch die Gebühr nach Nr.3335 (für den Pkh-Antrag); diese wird aber auf die gleichzeitig entstehende **Nr.3100-Gebühr** angerechnet, so dass nur die Nr.3100-Gebühr zu berechnen ist.

Hinweis: Vom Mandanten kann bei unbedingtem Auftrag zur Vertretung im Prozess als **Vorschuss** die 1,3-Gebühr nach Nr.3100 verlangt werden. Zumeist ist der Pkh-berechtigte Mandant jedoch wirtschaftlich

schwach bestellt; daher wird der RA häufig schon zufrieden sein können, wenn er – wenn überhaupt – wenigstens die Gebühr nach Nr.3335 als Vorschuss erhält.

Übungsfall 21

Gebühren bei Prozesskostenhilfe

- (2) **Wenn** Pkh bewilligt und der RA dann **beigeordnet** ist, hat er Anspruch auf die im Verfahren entstehenden Gebühren nach den **allgemeinen Gebührentatbeständen**, muss jedoch zur Bestimmung der Gebührenhöhe die **Pkh-Gebührentabelle** verwenden.
- (3) **Wirkung** der Beiordnung gemäß § 122 I Nr.3 ZPO: Der RA kann **keine Ansprüche** auf Vergütung **gegen die Partei** geltend machen aufgrund nach Beiordnung verwirklichter gebührenauslösender Tatbestände, selbst dann nicht, wenn diese auch schon vor Beiordnung erfüllt waren (BGH FamRZ 2008, 982 mwN).
- (4) **Freiwillige Zahlungen und Vorschüsse** des Mandanten darf der RA nach § 3a III 2 RVG annehmen und behalten. Freiwilligkeit setzt nach Bewilligung von PKH Kenntnis des Mandanten vom Inhalt des § 122 I Nr.3 ZPO voraus (Kenntnis der Nichtschuld).
Beachte: Freiwillige Zahlungen des Mandanten kann der RA nach § 58 II RVG verrechnen auf die Differenz zwischen PKH- und Wahlanwaltsgebühren. Sind sie höher als die Differenz, schmälern sie den Anspruch des RA gegen die Landeskasse.
In manchen Angelegenheiten nach § 58 III RVG, insbes. Strafsachen, gelten Besonderheiten.

c) Die **Abrechnung** der Gebühren bei der **Landeskasse** erfordert vom RA folgende Angaben/Versicherungen:

- (1) Versicherung, dass etwa angegebene **Auslagen** während der Beiordnung entstanden sind.
- (2) Bei Abrechnung der Pkh-Gebühren ggü. der Landeskasse ist anzugeben (§ 55 V 1.Hs. RVG), ob und in welcher Höhe der Rechtsanwalt **Vorschüsse** oder sonstige Zahlungen vom Mandanten (§ 58 II RVG) oder der Landeskasse (§ 47 RVG) erhalten hat. Diese werden vom Erstattungsbetrag in Abzug gebracht, also der Landeskasse erspart.
 - es soll damit verhindert werden, dass Vorschüsse zu Lasten der Landeskasse **an den Mandanten** zurückgezahlt werden, unabhängig davon, ob die Vorschüsse über die etwaigen Differenzkosten hinaus auch die Pkh-Gebühren ganz oder teilweise abdecken.
 - **Praxistipp 1: Verrechnung der Vorschüsse** auf nicht anzurechnende Gebühren für **vorgerichtliche Tätigkeiten** (z.B. nicht anzurechnender Teil der Nr.2300-Gebühr)
Der Rechtsanwalt sollte im eigenen (Gebühren-)Interesse sehr genau darauf achten, inwieweit er Vorschüsse auf Gebührentatbestände verrechnen kann, auf die sich die Pkh-Beiordnung/Bewilligung nicht bezieht
 - **Praxistipp 2: Anrechnung auf Wahlanwaltsgebühren/Differenzkosten**
Nur zulässig bei **freiwilligen Zahlungen** des Mandanten, weil die Wahlanwaltsgebühren Tatbestände betreffen, auf die sich die Pkh-Beiordnung bezieht, und bei denen daher § 122 I Nr.3 ZPO zu beachten ist (**keine Ansprüche** auf Vergütung **gegen die Partei**).
- (3) Versicherung, ob der RA wegen desselben Gegenstandes Gebühren für **Beratungshilfe** erhalten hat (es wird die Hälfte der BerH-Gebühren nach Nr.2503 VV vom PKH-Erstattungsbetrag abgezogen, Anm.2 S.2 zu Nr. 2503 VV)
- (4) Versicherung, ob und zu welchem Gebührensatz der RA wegen desselben Gegenstandes und betreffend welchen Wert eine **Geschäftsgebühr** nach Nr. 2300 ff. VV erhalten hat (vgl. Anrechnung nach Vorbem.3 Abs. 4).
- (5) Versicherung, dass, soweit erforderlich, der Antragsgegner mit der Zahlung in **Verzug** ist (§§ 45 II, 47 I 2 RVG) und,
- (6) Versicherung, dass **spätere Zahlungen** unverzüglich angezeigt werden (§ 55 V 2. Hs. RVG).

d) **Geltendmachung der Wahlanwaltsgebühren/Differenzkosten**

(1) bei **Pkh auf Raten**

Soweit die Raten ausreichen, um alle Gerichts- und Anwaltskosten zu decken, was bei geringerer Ratenhöhe oft nicht der Fall ist, erhält der Rechtsanwalt gemäß § 50 RVG **auf Antrag** auch die weitere Vergütung bis zur Höhe seiner Wahlanwaltsgebühren. Nach § 115 II ZPO hat die bedürftige Partei maximal 48 Raten zu zahlen. Soweit die Summe aus Gerichts- und Wahlanwaltskosten geringer ist als dieser Betrag, erhält der Rechtsanwalt seine vollen Gebühren, sobald die erforderliche Anzahl von Raten von der Partei an die Landeskasse gezahlt worden ist.

(2) bei **Kostentragungspflicht des Gegners** ergeben sich zwei Möglichkeiten der Abrechnung:

- Entweder werden im Rahmen des normalen Kostenfestsetzungsverfahrens die **vollen Kosten** zur Festsetzung gegen den Gegner angemeldet,
- oder man rechnet die **Pkh-Gebühren bei der Landeskasse** und meldet **nur die Differenzkosten** zur **Kostenfestsetzung** gegen den Gegner an.
Vorteil: Das Geld von der Landeskasse ist sicherer und zumeist schneller auf dem Konto; man braucht nicht erst mit Vollstreckung zu drohen.

Übungsfall 22

Pkh/Differenzgebühren

5. Anrechnung von Beratungshilfezahlungen bei späterer Pkh

Der Mandant, der vorgerichtlich Anspruch auf Gewährung von Beratungshilfe hat, hat i.d.R. in einem nachfolgenden Gerichtsverfahren Anspruch auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe. Die nach Nr.2503 verdiente Gebühr für die außergerichtl. Tätigkeit wird dann **zur Hälfte** auf die Nr.3100-Gebühr des nachfolgenden gerichtl. Verfahrens angerechnet.

IV. Teil 4 Strafsachen Nr.4100ff. und

V. Teil 5 Bußgeldsachen 5100ff.

1. Wahlverteidiger

Bei den Gebühren in Straf- und Bußgeldsachen handelt es sich um **Betragsrahmengebühren** [vgl. B III 2.b) (2)]. Ihre Höhe bestimmt sich innerhalb des für **Einzeltätigkeiten** jeweils im Vergütungsverzeichnis vorgegebenen Betragsrahmens.

Für Fälle, in denen Arbeitsaufwand und Schwierigkeit durchschnittlich sind, ist i.d.R. die **Mittelgebühr** [(vgl. B III 2.a)] angemessen. Die Bestimmung erfolgt, indem Mindest- und Höchstbetrag **addiert** und dann **durch 2 dividiert** werden.

Die Gebührentatbestände für die in den Teilen 4 und 5 geregelten Tätigkeiten sind im wesentlichen aus sich selbst heraus verständlich:

a) Immer und unabhängig davon, in welchem Verfahrensstadium der RA mit der Verteidigung beauftragt wird, sind als **Abrechnungsgrundsätze** zu beachten

(1) **allgemeine Gebühren** gemäß **Unterabschnitt 1**, von denen **immer** die **Grundgebühr** nach **Nr.4100 (5100)** anfällt.

(2) die **Vorbemerkungen** 4 bzw. 5, die im wesentlichen den Anwendungsbereich der einzelnen Gebührentatbestände abgrenzen.

Beispiel: Vorbemerkung 4 Abs.4: Befindet sich der Beschuldigte in Strafsachen **nicht auf freiem Fuß**, sind die Gebühren des Teils 4 jeweils mit einem **Zuschlag** nach einer gesonderten Nummer im VV zu berechnen.

(3) Schon ohne dass ein gerichtl. Verfahren anhängig ist, kann auch eine **Terminsgebühr** nach **Nr.4102** (je nach Höhe des Bußgeldes: 5102, 5104, 5106) entstehen.

Übungsfall 23a+b

Strafsache, Gebühren im vorgerichtl. Verfahren

b) Im **vorbereitenden Verfahren** (Ermittlungsverfahren bis zum Eingang der Anklageschrift bei Gericht bzw. Verfahren vor der Verwaltungsbehörde) entsteht eine

(1) **Verfahrensgebühr im Vorverfahren**

- in Strafsachen nach **Nr.4104**. In höheren Instanzen gelten besondere Gebührentatbestände.
- in Bußgeldsachen je nach Höhe des Bußgeldes nach **Nrn.5101, 5103, 5105**.

(2) soweit ein Termin stattfindet, eine **Terminsgebühr**

- in Strafsachen nach **Nr.4102** als allgemeine Gebühr [s.o. a) (3)];
- in Bußgeldsachen im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde je nach Höhe des Bußgeldes nach **Nrn.5102, 5104, 5106**.

c) Im **Verfahren vor dem Gericht** (jeweils Unterabschnitt 3) entsteht die

(1) **Verfahrensgebühr im gerichtl. Verfahren**

- in Strafsachen erstinstanzlich nach Nr.4106. In höheren Instanzen gelten besondere Gebührentatbestände (mit höheren Gebühren).
- in Bußgeldsachen erstinstanzlich je nach Höhe des Bußgeldes nach **Nrn.5107, 5109, 5111**, in der höheren Instanz (Rechtsbeschwerde) nach Nr.5113.

(2) **soweit** ein Termin stattfindet, eine **Terminsgebühr**

- in Strafsachen erstinstanzlich: **Nr.4108**. Bei mehreren Verhandlungstagen und in höheren Instanzen gelten besondere Gebührentatbestände (mit höheren Gebühren).
- in Bußgeldsachen erstinstanzlich je nach Höhe des Bußgeldes nach **Nrn.5108, 5110, 5112**, in der höheren Instanz (Rechtsbeschwerde) nach Nr.5114.

Übungsfall 23c

Strafsache, Gebühren im gerichtl. Verfahren

d) Daneben können – wiederum in jedem Verfahrensabschnitt – **zusätzliche Gebühren** gemäß Unterabschnitt 5 nach **Nr.4141** bzw. **Nr.5115** entstehen. Der Anwendungsbereich die-

ser Gebührentatbestände ergibt sich aus den jeweiligen **Anmerkungen**. Die nach diesen Tatbeständen entstehenden Gebühren sollen dem RA einen Anreiz bieten, daran **mitzuwirken**, die **Gerichte zu entlasten**, indem

- (1) das **Verfahren** nicht nur vorläufig **eingestellt** wird;
- (2) der **Einspruch** gegen den Bußgeldbescheid oder Strafbefehl **zurückgenommen** wird;
- (3) das **Verfahren** vom Gericht **nicht eröffnet** oder die **Hauptverhandlung entbehrlich** wird.

e) **Weitere spezielle Gebührentatbestände**

- (1) Im Bereich der Strafverteidigung erhält der RA für besondere Tätigkeiten Gebühren nach
 - Abschnitt 2: **Strafvollstreckung** Nrn.4200 ff.,
 - Abschnitt 3: vor allem Einzeltätigkeiten, **ohne** dass dem RA sonst die **Verteidigung** übertragen ist (Wiederaufnahmeverfahren, Privatklage usw.; Nrn.4300 ff.).
- (2) Bei Bußgeldsachen erhält der RA, der **ohne** dass ihm sonst die **Verteidigung** übertragen ist, mit der Durchführung von Einzeltätigkeiten beauftragt ist, eine **Verfahrensgebühr** nach **Nr.5200**.

2. **Pflichtverteidiger**

Statt der jeweiligen Betragsrahmengebühren des Wahlverteidigers kann der Pflichtverteidiger nur die für die jeweiligen Gebührentatbestände bestimmten **Festgebühren** berechnen. Diese sind häufig **niedriger als die Mittelgebühren**, die dem Wahlverteidiger allgemein als angemessen zugebilligt werden. Der Pflichtverteidiger hat daher die Möglichkeit, in Fällen, in denen er seinen Arbeitsaufwand nur **unzureichend vergütet** sieht, i.d.R. also, wenn die Sache besonders **umfangreich** und/oder **schwierig** war, die Festsetzung von **Pauschgebühren** nach **§ 51 RVG** zu beantragen. Über Anträge entscheidet das **OLG**.

3. **Rechnungsadressat**

- a) Die Abrechnung der Gebühren erfolgt **grds. ggü. dem Auftraggeber**.
- b) Wird der **Mandant freigesprochen**, hat er einen **Freistellungsanspruch** gegen den Staat als denjenigen, der ihn zu Unrecht strafrechtlich belangt hat. Der RA kann seine Gebühren dann ggü. der **Staatskasse/Landeskasse** abrechnen
- c) Der **Pflichtverteidiger** rechnet seine Gebühren ggü. der Landeskasse ab; für die Berücksichtigung etwaiger Vorschusszahlungen des Mandanten und die sonstigen erforderlichen Angaben gelten die **Grundsätze der Abrechnung nach Pkh** [vgl. D III 4 b) (4)].

VI. **Teil 6: Sonstige Verfahren Nrn.6100ff.**

Die Gebührentatbestände in Teil 6 des VV gelten für die darin bezeichneten besonderen Verfahrensarten und Tätigkeiten.

1. **Abschnitt 1: Internationale Rechtshilfe in Strafsachen**
2. **Abschnitt 2: Disziplinar-, berufsgerichtliche Verfahren**
3. **Abschnitt 3: Freiheitsentziehung und Unterbringung**
4. **Abschnitt 4: Besondere Verfahren und Einzeltätigkeiten**

VII. **Teil 7: Gebühren, die immer anfallen – Auslagen nach Nr.7000 ff.**

Die im letzten Teil des VV geregelten Auslagen entstehen **bei jeder Tätigkeit** des Rechtsanwalts zusätzlich zu den sonst entstandenen Gebühren entstehen.